

## Der Dschihadist aus Wuppertal

**Afrikas Staaten verstärken die Jagd auf militante Islamisten – in Tansania ist den Fahndern nun ein Deutschtürke ins Netz gegangen, der unter Terrorverdacht steht**

Von Arne Perras  
und Jan Bielicki

**Kampala/München** – Terror im Osten, Terror im Westen. Afrikas Staaten suchen nach Wegen, wie sie der wachsenden Gefahr militanter Extremisten Herr werden könnten. Und in dieser Woche haben sie gleich zwei Vorstöße unternommen, um sich den Rückhalt der Weltgemeinschaft für diesen Kampf zu sichern. Es geht in beiden Fällen um militärische Einsätze. „Feuerlösch-Brigaden“ nennt das ein westlicher Diplomat, der in Afrika stationiert ist.

Eine afrikanische Truppe wartet auf ihren Marschbefehl, um bald im Norden Malis zu intervenieren, wenn Gespräche mit den dortigen Rebellen zu nichts führen. Ein diffuses Gemisch aus Terroristen, Islamisten und Separatisten hat dem geschwächten Staat ein Territorium entzogen, das größer ist als Frankreich. Die andere Truppe kämpft sich schon länger durch das Bürgerkriegsland Somalia und will nun die Hochburg der islamistischen Al-Shabaab-Miliz stürmen: den Hafen Kismayu am Indischen Ozean.

Während die Armeen neue militärische Offensiven vorbereiten, versuchen Polizeikräfte, untergetauchte Extremisten aus aller Welt zu jagen. In Tansania ist nun ein mutmaßlicher Terrorist ins Netz gegangen, der auch die deutschen Fahnder interessiert. Es handelt sich nach Informationen der *Süddeutschen Zeitung* um den Deutschtürken Emrah Erdogan, den kenianische Sicherheitsbehörden mit dem Anschlag am 28. Mai auf ein Einkaufszentrum in Nairobi in Verbin-

dung bringen. Bevor er nach Afrika kam, hatte er sich Gotteskrieger in den Stammesgebieten Pakistans angeschlossen. Sein Bruder wurde dort 2010 bei einem US-Drohnenangriff getötet. Ein in Ostafrikas Medien veröffentlichtes Foto zeigte unlängst einen hellhäutigen, mit Kalaschnikow bewaffneten Mann auf einem Motorrad. Nach Angaben des ugandischen Terrorfahnders John Ndugutse ist der Mann auf dem Bild Emrah Erdogan beim Einsatz in Somalia. Von dort soll er Anfang Mai in Begleitung eines Gymnasiasten aus dem schweizerischen Biel in Kenia eingereist sein. Während der 19-jährige Majd N. in Nairobi verhaftet wurde, konnte sich Erdogan der Überwachung offenbar entziehen.

**In Somalia setzt Kenias Armee zum Schlag gegen eine Hochburg der Extremisten an.**

Erdogans deutscher Anwalt Peter Krieger bestätigte der *Süddeutschen Zeitung* die Verhaftung seines Mandanten. Er forderte die Bundesregierung auf, dem in Wuppertal aufgewachsenen Erdogan konsularischen Beistand zu gewähren und auf eine schnelle Auslieferung nach Deutschland zu dringen – „nicht, dass ihn die Geheimdienste einer großen befreundeten Nation holen“, sagte Krieger, „wir hoffen, dass er nicht in einem Foltergefängnis landet.“ Die Bundesanwaltschaft ermittelt seit längerem wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereini-

gung gegen den 23-Jährigen. Die Fahnder prüfen auch einen Hinweis, wonach ein weiterer deutscher Dschihad-Kämpfer in Somalia angeblich tot aufgefunden wurde. Über seine Identität wurde bislang nichts bekannt. In Uganda suchte die Polizei in den vergangenen Tagen verstärkt nach dem Deutschen Andreas Khalid Müller, der wie Erdogan für die somalische Miliz al-Shabaab kämpfen soll.

Kenia, das im Oktober 2011 im Süden Somalias intervenierte, um die Al-Shabaab-Miliz zu bekämpfen, will zum entscheidenden Schlag ansetzen und die Islamisten-Hochburg Kismayu erobern. Der Hafen am Indischen Ozean ist von strategischer und ökonomischer Bedeutung für al-Shabaab. Dort kann sie Kämpfer aus dem Ausland einschleusen und Zölle einnehmen. Die Weltgemein-

schaft versucht, den lukrativen Export von Holzkohle von Kismayu in die arabische Welt mit einem Handelsboykott einzudämmen, allein mit diesem Geschäft hat al-Shabaab jährlich mindestens 15 Millionen US-Dollar verdient. Der Handel hat zu einer massiven Abholzung in küstennahen Wäldern geführt, er alarmiert auch Ökologen, die von einer bedrohlichen Entwicklung für die Umwelt sprechen.

**Afghanische Kämpfer  
trainieren  
inzwischen in der Sahara.**

Somalias Übergangspräsident Abdiweli Mohammed Ali versichert, dass die Herrschaft von al-Shabaab bis August überall im Lande beendet sein werde, aber solche Siegesparolen sind rhetorische Routine am Horn. Truppen aus Uganda, Burundi, Äthiopien und Kenia kämpfen alle gegen die Islamisten, aber wie Kenias Premier Raila Odinga kürzlich verdeutlicht hat, ist ein militärischer Sieg über Shabaab ohne die Eroberung von Kismayu schwer zu erringen. Odinga appelliert an den Westen, die Offensive gegen den Hafen finanziell und womöglich militärisch zu unterstützen. Doch die internationalen Marine-Einheiten, die im Golf von Aden Piraten bekämpfen, haben kein Mandat, um in den Kampf weiter südlich gegen die Hochburgen von al-Shabaab einzugreifen. In Europa gibt es ohnehin kaum politischen Willen, auf somalischem Festland militärisch einzugreifen,

alle haben Angst vor einer demütigenden Niederlage, wie sie die Amerikaner in den neunziger Jahren dort erlebten.

Ein Sieg über al-Shabaab ist keinesfalls gewiss, und ähnlich diffus erscheint die Lage im Westen Afrikas, wo nun der regionale Staatenverband Ecowas versucht, Rückhalt im UN-Sicherheitsrat für eine Militär-Intervention in Mali zu gewinnen. Im Zuge einer Tuareg-Rebellion haben sich dort islamistische Kräfte hochgekämpft, hinter denen der Sahara-Zweig von al-Qaida steht. Der Präsident des Nachbarlandes Niger, Mahammadou Issoufou, will über Informationen verfügen, wonach asiatische Gotteskrieger in Mali aufgetaucht sind. Pakistanische und afghanische Islamisten nutzen demnach die Sahara als neues Trainingslager, genauso wie extrem gewaltbereite Boko-Haram-Kämpfer aus Nordnigeria.

Für die meisten afrikanischen Nachbarländer, aber auch für den Westen, ist der rapide Zerfall Malis, der Terroristen neuen Raum bietet, inakzeptabel. Aber die Staaten stecken in einem Dilemma, denn unter ihren Sicherheitsexperten gibt es viele, die den Erfolg einer möglichen Militär-Intervention in der Sahara anzweifeln. Ein Europäer in Bamako sagte der SZ kürzlich: „Ausländische Truppen würden das Problem vermutlich noch ausweiten“. Es ist schwer vorstellbar, wie es einer Eingreiftruppe gelingen könnte, die vielen, auf kleine Gruppen aufgeteilten Milizen in der großen Wüste zu zerschlagen. Und setzen sich Rebellenverbände erst einmal in die Nachbarschaft ab, kommen womöglich weitere Staaten im Sahelgürtel ins Wanken.



Islamistische Rebellen haben weite Teile Malis unter Kontrolle. Die Nachbarländer fürchten, der Konflikt könne auf sie übergreifen. Foto: Romaric Olló Hien/AFP